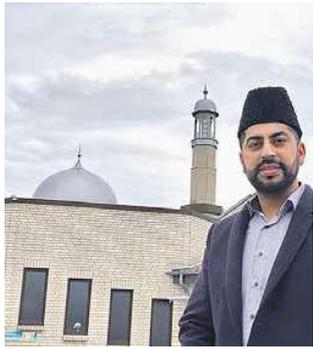


das porträt



Syed Salman Shah will Liebe statt Hass

Deutschlandflaggen auf Bannern sind oft ein Stilmittel von Rechten, die auf Ausgrenzung setzen. Wer dieser Tage in Vechta durch die Innenstadt geht, sieht sie am Infostand der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinde für das Gegenteil wehen: für Offenheit und Miteinander. „Wir sind alle Deutschland“ heißt die Aktion. Syed Salman Shah, Imam und Islamischer Theologe, erklärt, worauf sie abzielt: „Wir möchten Ängste und Vorurteile abbauen, Missverständnisse beseitigen.“ Ein Angebot zum Dialog, auch zum interreligiösen. Er stellt klar: „Ein Moslem, der im Namen des Islam zu Gewalt greift, missinterpretiert den Islam“, sagt Shah. „Gewalt hat mit Religion nichts zu tun. Wer wahrhaft glaubt, vor dessen Händen und Zunge sind seine Mitmenschen sicher.“

Shah hat seinen Sitz in Bremen; von dort betreut er die Gemeinden Oldenburg, Delmenhorst, Bremerhaven und Vechta. Die bundesweite Aktion „Wir sind alle Deutschland“ findet in Vechta zum zweiten Mal statt. Die Resonanz der Passanten sei ermutigend, sagt Shah. „Die Bereitschaft, Fragen zu stellen, zuzuhören, ist groß. Klar, es gibt auch Leute, die uns ablehnen, aber das stört uns nicht.“ Unter ihnen sind auch andere Muslime. „Oft hören wir dann, dass wir in ihren Augen keine richtigen Muslime sind.“

173 Mitglieder umfasst die Moscheegemeinde in Vechta; rund 45.000 Mitglieder hat Ahmadiyya bundesweit. Shah, in Deutschland geboren, ist 31. Studiert hat er in Großbritannien, mit Stationen in Uganda, Pakistan und Spanien. 2014 kam er nach Köln, hat von dort aus 19 Gemeinden betreut. „Das war natürlich aufreibend, aber Freude gemacht hat es trotzdem.“ Seit 2016 wohnt er in Bremen. „Liebe für alle. Hass für keinen!“, sagt er, und wie wichtig die Trennung von Religion und Staat ist, die Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Baumpflanzaktionen führt Ahmadiyya durch, „im Namen des Friedens“, auch in Vechta. In Altenheimen und Krankenhäusern organisiert sie Generationstreffen. Und dann ist das noch der Neujahrspatz vor Rathäusern, auf Marktplätzen, immer am 1. Januar. Auch er soll Zugehörigkeit signalisieren.

Harff-Peter Schönherr

Ist auch
Deutschland:
Ahmadiyya-
Imam Syed
Salman Shah
Foto: privat

Die Kriegsgewinnler

Continental hat eine Studie zur eigenen Nazi-Vergangenheit vorgelegt. Das Unternehmen war NS-Musterbetriebsstätte, Rüstungszulieferer und beutete 10.000 Zwangsarbeiter aus

Von Nadine Conti

Continental lieferte nicht einfach nur Reifen für alles, was fuhr oder flog. Gummi- und Kautschukteile, Schläuche und Beschichtungen spielten ab 1871 in immer mehr Produkten eine Rolle, von Schuhsohlen bis zu Steuerungsteilen für die V1-Marschflugkörper. Conti machte 1933 nicht einfach weiter wie bisher, Conti wuchs in der NS-Zeit kräftig. Das Vorzeigewerk in Stöcken entstand, die Rüstungsproduktion wurde ausgebaut, der kriegsbedingte Arbeitskräftemangel durch Zwangsarbeiter ausgeglichen.

Die Studie „Zulieferer für Hitlers Krieg. Der Continental-Konzern in der NS-Zeit“, die der Münchner Historiker Paul Erker nun vorgelegt hat, ist also lange überfällig. 800 Seiten umfasst das Werk, vier Jahre lang hat Erker daran gearbeitet. Dabei hat er sich nicht nur mit dem Unternehmensarchiv der Conti befusst, sondern auch mehrere Unternehmen einbezogen, die zwar heute zur

Conti-Gruppe gehören, damals aber noch nicht: Teves, VDO, Phoenix und Semperit. Zu Tage gefördert hat er dabei keine weltbewegenden neuen Erkenntnisse, aber viele erschreckende Details.

Geradezu exemplarisch lasse sich am Beispiel der Conti zeigen, mit welchem gigantischem bürokratischem Aufwand das Wirtschaftsministerium in die Unternehmen hineinregierte, sagt Erker. Über die Vierjahrespläne, die Kontrolle der Ressourcen und die Steuerung der Investitionen.

Schockiert habe sie an der Studie vor allem, wie schnell die Unternehmenskultur gekippt sei, sagt Conti-Personalvorstand Ariane Reinhardt. Conti war ursprünglich eine Gründung jüdischer Bankiers in Hannover, liberal, weltläufig, international ausgerichtet, in seiner Belegschaft aber auch gewerkschaftlich stark organisiert.

Das änderte sich nach der Machtergreifung in verblüffendem Tempo. Jüdische Vorstände wurden schnell zum Rücktritt

gedrängt, andere traten der NSDAP bei, Betriebsappelle unter der Hakenkreuzflagge gehörten zum Alltag. Im Unternehmensvergleich zeigt sich, welche Spielräume es gab: Teves bot sogar Widerständlern Beschäftigung und Deckung.

Aber auch bei der Conti gab es Ambivalenzen: An einzelnen jüdischen Mitarbeitern, die als schwer verzichtbar galten, hielt das Unternehmen länger fest als an anderen. Diesen Mix aus Opportunismus und Fehleinschätzungen zeichnet die Studie gleich an mehreren Stellen nach. Das gilt zum Beispiel auch für die Conti-Werke in den besetzten Gebieten, wo laut Erker enormer Aufwand betrieben wurde, viel investiert wurde, um die Produktion von Buna, synthetischem Kautschuk, abzusichern, obwohl der ökonomische Ertrag zweifelhaft blieb. Man verschätzte sich da, sowohl was die Dauer des Krieges angeht, als auch die „Halbbarkeit“ dieses großdeutschen Reiches.

Zu den finsternen Kapiteln aber gehört der Einsatz der Zwangsarbeiter. Rund 10.000 sollen es in den Kriegsjahren gewesen sein – und es gebe keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die damaligen Vorstände ziemlich genau im Bilde waren, was mit denen passierte, betont der aktuelle Vorstandsvorsitzende Elmar Degenhart.

Es begann mit dem Einsatz von italienischen „Jungfaschisten“ und „Fremdarbeitern“ aus dem besetzten Belgien, dann kamen französische und russische Kriegsgefangene, schließlich KZ-Häftlinge. Sie wurden für die rufigsten, die schmutzigsten und gefährlichsten Teile der Produktion eingesetzt – für die riskante Räumung zerbombter Fabriken, die Verlagerung der

Auf „Schuhteststrecken“ wurden KZ-Häftlinge zu Tode getetzt, um die Abnutzung des Sohlenmaterials zu dokumentieren

Produktion unter Tage, die Produktion der Volksgasmasken. Aber auch für so absurd menschenverachtende Experimente wie „Schuhteststrecken“, bei denen KZ-Häftlinge zu Tode getetzt wurden, um die Abnutzung des Sohlenmaterials zu dokumentieren.

Von den Verantwortlichen kamen fast alle davon. Ein Lagerleiter und der Hauptbetriebsratsvorsitzende wurden nach Kriegsende verhaftet, der Rest durchlief „die üblichen Entnazifizierungsverfahren“, wie es Erker ausdrückt. Nicht wenige Karrieren gingen später in der Bundesrepublik einfach weiter.

Vielleicht kommt die Aufarbeitung auch deshalb so spät. Auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Studien blieb die Frage „Warum erst jetzt?“ jedenfalls unbeantwortet: Man könne ja nicht für frühere Vorstände sprechen, sagt Degenhart. Der jetzige habe sich vor ein paar Jahren auf den Weg gemacht. Das Projekt ist noch nicht zu Ende: Zum 150. Firmenjubiläum soll das Unternehmensarchiv für die Wissenschaft geöffnet werden. Außerdem wird es ein Siegmund-Seligmann-Stipendium für die weitere Forschung und eine Gedenktafel mit den Namen der Zwangsarbeiter geben.

Zwangsarbeiter müssen 1943 eine zerstörte Reifenfabrik aufräumen (oben). Der „Betriebsappell“ gehörte im Werk Vahrenwald 1942 dazu (unten)
Fotos: Continental



nachrichten

Familie durch Abschiebung getrennt

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat einen Vater und seine sieben Kinder nach Serbien abgeschoben, während die Mutter wegen Komplikationen in der Schwangerschaft im Krankenhaus lag. Das teilte der Flüchtlingsrat Niedersachsen mit. Die Polizei sei in der Nacht zum 20. August gegen drei Uhr morgens unangekündigt „mit einem Großaufgebot“ in Schnega bei der Familie vorgefahren und hätte die Eingangstür eingetreten. Inzwischen habe sich die Mutter dem „immensen Druck der Behörden“ gebeugt, sie werde an diesem Sonnabend „freiwillig“ nach Serbien ausreisen. „Das Vorgehen des Landkreises ist rechtswidrig“, sagte Muzaffer Öztürkyilmaz vom Flüchtlingsrat. Der Rückführungslass des Landes verbiete es, Familien bei Abschiebungen zu trennen. (epd)

Gold für Obdachlose

Eine unbekannte Frau hat der Diakonie in Hannover einen Goldbarren im Wert von 26.400 Euro für die Arbeit mit obdachlosen Menschen gespendet. Die ältere Dame habe einer Mitarbeiterin einen Umschlag in die Hand gedrückt, teilte der evangelische Stadtkirchenverband mit. Darin fand sich ein kleiner Goldbarren im Wert von 26.400 Euro und ein Zettel mit den Worten „Für die Obdachlosenarbeit“. (epd)

Buxtehude will weiter bremsen

Die niedersächsische Mietpreislösung soll in weniger Städten gelten. Das stößt auf Unverständnis

Von André Zuschlag

Gegen die niedersächsische Reform der Mietpreislösung regt sich Widerstand. Weil sie in Buxtehude künftig nicht mehr gelten soll, stellt sich die Lokalpolitik gegen die Entscheidung der rot-schwarzen Landesregierung. „Wir verstehen nicht, warum die Mietpreislösung bei uns nicht mehr gelten soll – wir haben die wenig bezahlbaren Wohnraum“, sagt Michael Lemke, der für die Grünen im Stadtrat sitzt.

Anfang August hatte Bauminister Olaf Lies (SPD) die Reform angekündigt. Künftig soll die Bremse in weniger Städten als zuvor gelten. Neben Buxtehude, das durch die Nähe zu Hamburg ein hohes Bevölkerungswachstum hat, war auch Wolfsburg aus der Liste geflogen – obwohl die Mietpreise dort in zehn Jahren so rasant gestiegen sind wie in keiner anderen niedersächsischen Stadt. „Es gibt einen großen Unmut, darüber aus der Zeitung zu erfahren“, sagt Lemke.

Am Dienstagabend hatte der Sozialausschuss in Buxtehude – mit Ausnahme der AfD – geschlossen für eine Stellungnahme der Stadt gestimmt, die sich gegen die Pläne aus Hannover richtet.

Das Bauministerium begründet die Auswahl der Städte mit einer Studie, die die landeseigene N-Bank durchgeführt hatte. Demnach gebe es in Buxtehude keinen allzu hohen Druck am Mietmarkt mehr. „Die Studie ist unserer Auffas-

sung nach nicht stimmig: Frühestens in einigen Jahren wird ausreichend günstiger Wohnraum gebaut sein“, sagt Lemke. Auch die Linksfraktion spricht von rund 3.000 fehlenden günstigen Wohnungen.

Schon im Spätherbst soll nach Angaben des Bauministeriums die Reform verabschiedet werden. Auch der Zeitdruck empört die Lokalpolitik. „Es kann nicht sein, dass wir nun nur so wenig Zeit haben, eine Stellungnahme abzugeben“, sagt Lemke.